GROSSER RAT
Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DEK

Thurgau

Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 44 / 383
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DEK

Bericht der GFK-Subkommission DEK zum Budget 2023 und zum Finanzplan 2024–2026

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DEK:
Präsident: Roland Wyss, Frauenfeld
Mitglieder: Maja Brühlmann Zwahlen
Heinz Keller, Kradolf
Nicole Zeitner, Stettfurt

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2023 und Finanzplan 2024–2026

Die Subkommission hat an ihrer Sitzung vom 06. Oktober 2022 das Budget und den Finanzplan des Departementes Erziehung und Kultur beraten.
Das Budget 2023 weist einen Aufwand von 496 Mio. und einen Ertrag von 90 Mio. Franken aus. Dies ergibt einen Saldo von 406 Mio. Franken, was einer Zunahme von 4.8 Mio. Franken oder 1.2% gegenüber dem Vorjahr entspricht.
- 4120 Beitragsleistungen Schulgemeinden: Die aktualisierte Anpassung der Steuerkraft führt zu einer Aufwandsmiderung von -5.6 Mio. Franken.
- 4121 Sonderschulung: Durch die steigenden Schülerzahlen wird mit einem Mehraufwand von 4.1 Mio. Franken gerechnet.
- 4123 Übrige Beiträge: Ein Aufwandswachstum bei Direktzahlungen an Schulgemeinden und therapeutischen Massnahmen, sowie 30 Integrationsklassen für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine ergeben einen Mehraufwand von 1.5 Mio. Franken.
- 4250 Kantonsschule Romanshorn: Durch die steigenden Schülerzahlen wird mit einem Mehraufwand von 1.0 Mio. Franken gerechnet.
- 4310-4392 Amt für Berufsbildung: Durch die steigende Anzahl von Lernenden, vor allem in den Gesundheits- und technischen Berufen resultiert ein Mehraufwand von 2.5 Mio. Franken.

Unter der Berücksichtigung, dass die Schülerzahlen in fast allen Bereichen steigen, kann von einem Budget ohne wesentliche Veränderungen gesprochen werden. Oder anders gesagt: der Alltag ist weitgehend zurückgekehrt auch wenn immer noch eine erhöhte Belastungskurve (Ukraine, Corona) insbesondere in den Bildungsämtern besteht.

Die Nettoausgaben der Investitionsrechnung steigen gegenüber dem Budget um rund 0.9 Mio. auf 5.6 Mio. Franken, hauptsächlich durch Bauinvestitionen im Bereich der Sonderschulung.

Allgemeine Fragen der GFK

Frage 1: Wie viele und welche Stellen wurden in den Ämtern mit welcher Begründung ursprünglich gestellt? Warum wurden welche Stellen (mit welcher Begründung) abgelehnt?
Im DEK wurden 660 Stellenprozente beantragt, 610 wurden bewilligt.
Bei einer neuen 20%-Stelle wird zuerst geprüft, ob der Kanton dies als Staatsaufgabe überhaupt übernehmen muss. Eine 10%-Erhöhung wurde intern verlagert und eine neue Stelle im Amt für Archäologie wurde von 60% auf 40% gekürzt.

Frage 2: Wie will die Regierung individuelle, verdiente Förderungen ohne vorgeschlagene Mittel für individuelle Lohnerhöhungen vornehmen?
Die Regierung will mit den Instrumenten der ausserordentlichen Leistungsprämien, der strukturellen Lohnerhöhung oder der nicht monetären Wertschätzung verdiente Förderungen vornehmen.

Frage 3: Wie erfolgt im Stellenantragsprozess die Beurteilung der bestehenden Stellen auf deren Notwendigkeit? Welche Prioritäten wurden innerhalb Ihres Departements gesetzt, um Stellenanträge zu minimieren?
Jede Wiederbesetzung einer Stelle wird im Rahmen der Antragsstellung auf die Notwendigkeit geprüft. Bei neuen Stellen wird zuerst geprüft, ob ungenutzte Stellenquanten eingesetzt werden können oder Verschiebungen möglich sind.
Die Stellenanträge werden nach der Dringlichkeit priorisiert.

Frage 4: Welche Ämter haben für 2023 neue befristete Stellen beantragt? Welche Aufgaben sollen damit erfüllt werden?
Für das Jahr 2023 sind 7.13 befristete Stellen budgetiert. Alleine für aktuell bekannte Case Management-Fälle sind dies 220%. Weiter werden die Stellen im Bereich Archivierung und Sekretariat, Aushilfen beim Reinigungsdienst der Kantonsschulen, im Besucherservice während der Sonderausstellung im Alten Zeughaus oder für die Mitthilfe bei Grabungen beantragt.

Frage 5: Was ist der jeweilige angegebene Grund der Umwandlungen der 15.45 befristeten zu den unbefristeten Stellen? Aufgabe noch nicht erledigt? Neue Aufgaben? Weshalb wurden diese seinerzeit befristet und nicht gleich unbefristet angegeben? Was war der Grund?
Im DEK wird eine Stelle Case Manager(in) Berufsbildung (CMBB) umgewandelt, da im Rahmen der nationalen Weiterentwicklung IV (WEIV) eine Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Sozialversicherungszentrum SVZ und dem ABB abgeschlossen wurde.

Frage 6: Wird jeweils fix geprüft, ob befristete Aufgaben nicht an Dritte / Externe übertragen werden können?
Dies wird nur dort geprüft, wo es sinnvoll ist und in Betracht gezogen werden kann.

3.3 Personalaufwand

Das Wachstum im Stellenplan im DEK hat verschiedene Gründe:
- zusätzliche Aufgaben bei der Digitalisierung in der kantonalen Verwaltung
- Einführung der vorschulischen Sprachförderung
- seit Jahren unterdotierte Stellen im Bereich des Besucherservice bei den Museen
- steigende Schülerzahlen führen auch zu mehr administrativem Aufwand

Wichtig ist, dass nur Stellen geschaffen werden, die ausschliesslich der Erfüllung von gesetzlichen Aufgaben in einer ausreichenden Qualität dienen.
Die Abläufe werden ständig auf ihre Effizienz und Qualität überprüft und optimiert. Es ist aber auch so, dass die Gesellschaft heutzutage viel höhere Dienstleistungserwartungen gegenüber der Verwaltung als früher hat.

Die Erhöhung der Ferientage von 23 auf 25 Tage sieht die Regierung als Kompensation gegenüber Firmen in der Privatwirtschaft. Es gilt aber auch festzuhalten, dass dies nicht in allen Bereichen der Privatwirtschaft üblich ist und zudem den Druck auf Betriebe oder andere Verwaltungen erhöht.

8.4 Departement für Erziehung und Kultur

Die Stelle „Umsetzung Gesamtstrategie Schule und Digitalisierung“ unterstützt die Fachperson Schule und Digitalität in der Abteilung Schulunterstützung und die Stabsstelle Informatik in der Abteilung Finanzen bei der Bewältigung der Aufgaben. Der Verband Thurgauer Schulgemeinden (VTGS) beteiligt sich am Prozess, indem er parallel ebenfalls eine Stelle in diesem Bereich aufbaut. Ziel ist es, dass sich dadurch die durchschnittliche Wartefrist für schulpsychologische und logopädische Dienstleistungen wieder auf einen Wert von maximal sechs Wochen einpendeln.

4010–4020 Generalsekretariat

Nach der Einarbeitungszeit (und Corona/Ukrainekrieg) sieht der Amtschef folgende Prioritäten für das Jahr 2023:
- die Festigung des Teams in seiner neuen Zusammensetzung (seit Juli 2022 komplett)
- die Leitung des Projekts zur Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen im Bereich Kind, Jugend und Familie
- die Etablierung der Funktion der Digitalisierungsverantwortlichen
- die Erarbeitung des nächsten Thurgauer Bildungsberichts
- das weitere Kennenlernen des grossen und vielseitigen Departements

Die in der Kurzfassung des Leistungsauftrages beschriebenen Wirksamkeitsprüfungen erfolgen insbesondere im Rahmen des „Bildungsberichts Thurgau“, der alle vier Jahre

erscheint. Da dieser Auftrag etwas unverständlich formuliert ist, wird für die nächste Budgetbotschaft eine neue Formulierung geprüft.

4110–4123 Amt für Volksschule

Nach dem Beschluss des Grossen Rats zur Einführung eines selektiven Obligatoriums für die vorschulische Sprachförderung werden nun gemeinsam mit der Fachstelle KJF, dem Rechtsdienst sowie involvierten Bildungspartnern die Richtlinie, weitere Grundlagenpapiere und die technischen Grundlagen ausgearbeitet. Im kommenden Jahr werden vor allem für die Schulgemeinden zahlreiche aufwändige Arbeiten anfallen (Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit Anbietern, interne Abläufe klären, Vorbereiten der Kommunikation usw.). Ziel ist die Vorbereitung der Schulen für eine erste Umsetzung ab 2024.

Bei der Produktegruppe Qualitätssicherung Volksschule wird ein Aufsichtsbesuch in der Schweizer Schule Lima aufgeführt. Das Bundesgesetz gibt vor, dass Kantone Patronate an den Schweizerschulen im Ausland übernehmen. Seit den 40er-Jahren hat der Kanton Thurgau das Patronat der Schweizerschule in Lima. Da der Direktor dieser Schule nach über 30 Jahren pensioniert und es einen Wechsel gibt, ist für das nächste Jahr ein Besuch geplant.

Die Ausgaben bei der Sonderschulung steigen stetig. Im Budget 2023 sind sie vor allem durch die steigenden Schülerzahlen zu erklären. Es wird versucht, durch gezielte Massnahmen diesem Trend kurz-, mittel- und langfristig entgegen zu wirken. Der Ausbau des niederschwelligen Support- und Beratungsangebots für Schulen und Eltern, die Gründung einer zusätzlichen Sonderschule für verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche im Raum Mittel-/Oberthurgau und die übergreifenden Überlegungen für eine Gesamtstrategie Sonderschulung sollen dazu beitragen. Generell erscheinen diejenigen Massnahmen am erfolgversprechendsten, die auf eine gemeinsame Verantwortung aller Akteure (Eltern, SuS, Schule, Politik usw.) zielen und so das System darin bestärken, in jedem Einzelfall gute Lösungen zu finden. Patentrezepte für tiefere Sonderschulquoten sind, auch mit Blick auf andere Kantone, nicht in Sicht.

In der Investitionsrechnung gibt es bei der Sonderschulung eine Pauschalkürzung von 600’000 Franken, da es immer wieder zu Verzögerungen oder Verschiebung bei Bauprojekt kommt und dadurch die budgetierten Kosten nicht ausgeschöpft werden.

4130–4145 Amt für Mittel- und Hochschulen (AMH)

Die Beiträge für Höhere Bildung und Wissenschaft steigen, da die Studierendenzahlen der PHTG in den Pandemiejahren ausserordentlich stark gestiegen sind und die Beiträge an die PHTG dementsprechend angepasst werden.
Dieser Trend ist positiv und kann dem Mangel an Lehrkräften entgegenwirken. Allerdings steht durch die Jahrgänge der Babyboomer eine überproportionale Pensionie-

rungswelle bevor, was einen zusätzlichen Effort bei der Ausbildung durch die pädagogischen Hochschulen erforderlich macht.

Der Beitrag für das geplante neue An-Institut TIDiT ist als Überbrückung vorgesehen, um den raschen Aufbau des Instituts zu ermöglichen. Die Grundfinanzierung des Instituts soll in den ersten zehn Jahren aus Mitteln der TKB-Millionen für den Digital and Innovation Campus Thurgau erfolgen. Ziel ist es, dass die TIDiT antragsberechtigt für Forschungsgelder in der Schweiz und in Deutschland ist. Es wird sich bei der Klärung der Grundfinanzierung für die definitive Phase nach zehn Jahren zeigen, wie sich insbesondere die Sockelfinanzierung des Instituts unter Beteiligung der verschiedenen Akteure zusammensetzen könnte.

4210 AMH, Kantonsschule Frauenfeld
4230 AMH, Kantonsschule Kreuzlingen
4250 AMH, Kantonsschule Romanshorn
Keine Bemerkungen.

4270 AMH, Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen

Die Anzahl ausserkantonaler Schülerinnen und Schüler geht weiter zurück. Ausserkantonale Schülerinnen und Schüler müssen für das jährliche Schulgeld von Fr. 20’000 selber aufkommen. Nur sehr wenige Eltern sind gewillt und in der Lage diese Kosten zu tragen. Über die Hochbegabtenvereinbarung (HBV) sind einige Kantone bereit, für Schülerinnen und Schüler der Kunst und Sport Klassen das Schulgeld zu übernehmen. Bei den Regelklassen war einzig der Kanton Appenzell Ausserrhoden (AR) bereit, das Schulgeld der PMS zu übernehmen. Diese langjährige Zahlungsbereitschaft wurde nun gekündigt, da die Schülerinnen und Schülern nun das Gymnasium in Trogen absolvieren können.

4310–4318 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB)

Die Steigerung des Ertrags im Globalbudget geschieht durch das Projekt „viamia“ (Fr. 120'000) sowie die Vereinbarung mit dem Sozialversicherungszentrum Thurgau betreffend Case Management Berufsbildung, das ausgebaut wird (Fr. 192'000).

Das Ziel in der Produktegruppe Betriebliche Bildung, 95 % der Jugendlichen zu einem Sek II-Abschluss zu führen bleibt. Im Kanton Thurgau bewegen sich die Werte für 25-Jährige in den vergangenen Jahren um 92 %, ohne nicht erfasste Berufsabschlüsse für Erwachsene, die in den vergangenen Jahren stark gewachsen sind. Dies liegt leicht über dem schweizerische Dreijahresdurchschnitt von 91 %.

4313/3640 BBZ Arenenberg - Bildung
Keine Bemerkungen.

4325–4328 ABB, Bildungszentrum für Wirtschaft Weinfelden

Wie im Bericht der Rechnungslegung 2021 erwähnt, sind die Mängelbehebungsarbeiten der Böden im Erweiterungsbau (E/F) noch nicht abgeschlossen und sollen noch weitere sechs Jahre dauern. Mittlerweile konnte diese Zeit durch eine betrieblich mögliche und technisch machbare Optimierung auf drei Jahre reduziert werden.

4330–4339 ABB, Gewerbliches Bildungszentrum Weinfelden
4350–4359 ABB, Bildungszentrum für Technik Frauenfeld
4360–4369 ABB, Bildungszentrum für Bau und Mode Kreuzlingen
4380–4386 ABB, Bindungszentrum Arbon
4390–4392 ABB, Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales
Keine Bemerkungen.

4410 Sportamt
Keine Bemerkungen.

4510 Kantonsbibliothek
Keine Bemerkungen.

4611–4612 Kulturamt (Amtsleitung)

Der Aufwand von Rechnung 2021 zu Budget 2022 und 2023 schwankt stark.
Dies ist einerseits begründet durch tiefere Personalkosten (jüngere Mitarbeiter), andererseits ist auch ein einmaliger Nachtragskredit über Fr. 80'000 enthalten, der in Absprache mit der Finanzverwaltung nötig war, um zwei Projektkonti für Aufwände für Sonderausstellungen des Napoleonmuseums aus den Jahren 2008 bis 2016 zu begleichen und aufzulösen.

Die Indikatoren werden auf das Budget 2024 überprüft und angepasst.

Bei der Teilrückzahlung des Darlehens in der Investitionsrechnung handelt es sich um ein zinsloses Darlehen an den Verein der Freunde des Wasserschlosses Hagenwil, das für Sanierungsmassnahmen im Schlosshof verwendet wird.

4614 Historisches Museum

Bei den zwei historischen und dem Kunst- und Ittingermuseum werden in den nächsten Jahren die Vorbereitungen und Planungen weitergeführt. Ab dem Jahr 2026 sollten die jeweiligen Bauarbeiten beginnen, sodass die Eröffnungen im 2028 erfolgen können.

4618 Naturmuseum
4621/3640 Napoleonmuseum
Keine Bemerkungen.

4628 Kunst- und Ittinger Museum
Siehe Historisches Museum.

4710 Amt für Archäologie
Keine Bemerkungen.

Finanzplan 2024–2026

4110 - 4123 Amt für Volksschulen
Bei der Anpassung der Betriebspauschale wird im Beitragssystem der Sachaufwand angerechnet. Der weitaus grösste Anteil der Pauschale macht der Gebäudeaufwand aus.

4121 Sonderschulung
Die Höhe der Ausgaben ist von der Schülerzahl abhängig, auch bei gleichbleibender Sonderschulquote. Kurzfristig lassen sich die steigenden Kosten kaum verhindern. Im Hinblick auf eine mittel- und langfristige Senkung sind Massnahmen geplant. Die gesellschaftlichen Veränderungen sind hierbei allerdings noch nicht berücksichtigt.

Dank

Die Subkommission bedankt sich bei der zuständigen Regierungsrätin und den beteiligten Personen für die geleistete Arbeit und die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit.

Frauenfeld, 09.11.22

Der Subkommissionspräsident
Kantonsrat Roland Wyss